

**Festvortrag zur Eröffnung der Internationalen Konferenz zu
„The Cold War: History, Memory, Representation“
14.-17. Juli 2011**

**Overcoming the Cold War: European Division, Détente and Reintegration
Rotes Rathaus
14. Juli 2011**

Markus Meckel

Es ist mir eine große Ehre, dass Sie nach der Absage des Präsidenten der Europäischen Parlamentes Jerzy Buzek mich gebeten haben, heute hier die Festrede zu halten. Drei Tage wird nun der Kalte Krieg im Mittelpunkt der Debatten stehen. Wie der Präsident des Abgeordnetenhauses es schon beton hat, Berlin war wie keine andere Stadt von dieser Geschichte der Teilung Europas und der Welt geprägt, ist zum Symbol geworden für die Teilung im Kalten Krieg und dann für dessen Ende.

In dieser Stadt beschlossen Hitler und seine Entourage den Zweiten Weltkrieg und die Völkermorde an Juden, Roma und Sinti. Von hier gingen Terror und Verbrechen in bis dahin unbekanntem Ausmaß aus. Hier in der Nähe, in Potsdam, besiegelten die Siegermächte die Entscheidungen von Yalta, die Teilung Europas. So wurden Deutschland und Europa zwar vom Nationalsozialismus befreit – ihr östlicher Teil aber geriet gleichzeitig unter das Joch des Sowjetkommunismus. Die Grenze verlief quer durch diese Stadt und der Systemgegensatz von Demokratie und Diktatur hat die Bürger dieser Stadt über Jahrzehnte in zwei verschiedenen Welten leben lassen.

Ich habe bis zu meinem 37. Lebensjahr in der kommunistischen Welt gelebt, den größten Teil in dieser Stadt. So hat der Kalte Krieg mein Leben stark geprägt. Ich erinnere mich an den 13. August vor 50 Jahren, den Tag des Mauerbaus. Die Familie machte Urlaub an einem See bei Brandenburg. Schon am frühen Morgen hingen die Eltern und Freunde am Transistorradiogerät. Schreckliches musste passiert sein. Irgendwann kam über dieses Radio auch die Stimme Willy Brandts, die ich seitdem nie wieder vergaß. Ich spürte, wie die Eltern damit Hoffnung verbanden – aber wir wissen, er konnte auch nichts tun. 28 Jahre später, kurz nach dem Fall der Mauer - wir hatten einige Wochen zuvor die Sozialdemokratische Partei in der DDR gegründet - habe ich Willy Brandt dann persönlich kennenlernen können.

Ein anderes Datum, bei dem ich genaue Bilder vor mir habe, ist der 21. August 1968, der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in Prag und der ganzen CSSR. Mit wie viel Hoffnung hatten wir nach Prag geschaut! Sie wurde von den Panzern niedergewalzt.

So breitete sich unter den Menschen in der DDR immer mehr das Bewusstsein aus, eingesperrt und ausgeliefert zu sein. Die Teilung erschien mit den Jahren unabänderlich. Es galt, sein Leben unter diesen Bedingungen einzurichten. Es blieb nur die Hoffnung auf „Erleichterungen“ und kleine Verbesserung. So gab es dann auch einen Alltag im Schatten der Mauer. Es wurde zur ständigen Frage, wie so ein Leben in Würde möglich sei. Welcher Grad der Anpassung erschien noch verantwortbar oder gar geboten. Auf der anderen Seite – wo musste man trotzdem NEIN sagen, trotz der damit verbundenen Risiken? Mir persönlich erschien es dann z.B. nicht verantwortbar, den Militärdienst abzuleisten und verweigerte den Dienst total, da ich der Meinung war, man könne im atomaren Zeitalter Konflikte nicht mehr militärisch lösen. Solche Entscheidungen waren dann sehr persönlich.

Wichtig war dann oft, dass man nicht allein war. Hier spielten die protestantischen Kirchen in der DDR eine wesentliche Rolle, ähnlich wie in Polen die katholische. Wir waren in der DDR eingesperrt – konnten nicht in den Westen fahren, selbst kaum privat in die Sowjetunion. So blieb die Auslandserfahrung auf Mitteleuropa und Rumänien/Bulgarien beschränkt. Aus der Provinzialität ausbrechen konnte man nur mit dem Kopf. Oder durch Menschen, die zu uns kamen. Und hier war Berlin für die DDR der wichtigste Ort.

Deshalb begrüßten wir die Ost- und Entspannungspolitik Willy Brandts und der sozialliberalen Koalition. Viel Hoffnung war damit für uns verbunden, man erinnere sich, wie die DDR-Bürger in Erfurt Willy Brandt zujubelten. Mit Bewunderung schauten wir auf den Mann, der – selbst früher im Widerstand gegen Hitler – als Kanzler in Warschau vor dem Ghettondenkmal kniete. In den Kreisen, in denen ich aufwuchs, dachte man: Er kniet dort auch für uns! Später, 1990, führte mich meine erste Reise als Außenminister dann auch nach Warschau, um dort deutlich zu machen, dass wir die polnische Westgrenze als Folge des 2. Weltkriegs möglichst schnell und für immer anerkennen wollten.

Durch Willy Brandts Ostpolitik wurde die Mauer durchlässiger; Begegnungen wurden wieder möglich. Ich wohnte damals nicht weit von hier, im Haus der Berliner Mission, heute das Zentrum der Berlin-Brandenburgischen Kirche. Es war nach 1961 zu einem

wichtigen Ort der Begegnung von Ost und West geworden. Im Gästebuch meiner Eltern fand ich später, dass an einem Tag Besuche aus zehn Ländern aus Ost und West in der Wohnung waren. So etwas war natürlich nur in Berlin möglich. So eröffneten diese neue Politik und dann der KSZE-Prozess uns neue Spielräume. Kontakte und Begegnungen wurden möglich, uns erreichten mehr Informationen. Über den Westen erfuhr man auch hin und wieder, wo es Widerstand und Opposition im Osten gab. Das alles war unendlich wichtig für die Entwicklung eigener, selbstständiger Positionen und das Sich-Herausbilden von Opposition. Opposition und Widerstand hat es wie in den anderen kommunistischen Ländern auch in der DDR zu jeder Zeit gegeben. Vieles wurde nicht öffentlich – bekannt konnte es nur durch den Westen werden. Ein solches Handeln geschah – so kann ich es jedenfalls aus meiner eigenen Erfahrung sagen – mehr aus einer moralischen Grundhaltung. Wir glaubten, man dürfe nicht schweigen! Man wollte sich selbst morgens noch im Spiegel betrachten können, wie ich es damals formulierte. Vaclaw Havel hat es als Dichter schöner gesagt: Es ging darum, „in der Wahrheit zu leben“. Doch wir glaubten nicht, das System wirklich verändern zu können, die Teilung zu überwinden.

Wir waren in der DDR in den 70er und 80er Jahren fest überzeugt, dass eine Verstärkung der Konfrontation und des Wettrüstens uns nicht hilft und traten für Entspannung ein, verfolgten und diskutierten mit Leidenschaft die Debatten im Westen.

Ende der 70er Jahre kritisierten wir die sowjetische Aufstellung der SS 20, aber auch die Pläne zur Nachrüstung im Westen, denn wir waren überzeugt, dass dies das Risiko gerade für uns Deutsche erhöhte, zum Kriegsschauplatz zu werden. Auch die westlichen Kurzstrecken reichten kaum weiter als bis zu uns – wir hielten das für eine falsche Strategie. Anders als unseren polnischen und tschechischen Freunden erschien uns auch die Politik Ronald Reagans wenig hilfreich – und etwa im Hinblick auf sein afrikanisches und mittelamerikanisches Engagement auch wenig glaubwürdig.

Wir hatten Sorge und Angst vor einer Erhöhung der Spannungen, vor irrationalen Aktionen der Sowjets angesichts der Erkenntnis zunehmender eigener Unterlegenheit. All das würde zu unseren Lasten geschehen und Zukunft, friedliche Veränderungen eher verbauen, so glaubten wir.

Gleichzeitig hielten wir jedoch die Fixierung auf Stabilität für ein Problem. Man hoffte allein auf eine „Veränderung von oben“, die Möglichkeit einer „Veränderung von unten“, aus der Gesellschaft heraus, wurde trotz der Erfahrung von Solidarnosc zu sehr unterschätzt. So war dann 1989 die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR gleichzeitig auch eine Kritik an der Sozialdemokratie im Westen.

Es kann heute nicht darum gehen, alte Debatten wieder aufzuwärmen. Doch wird ja eben auch heute darüber diskutiert, wie es zum Ende des Kalten Krieges kam und welche Lehren wir daraus ziehen können. Darüber wird in diesen Tagen noch vieles gesagt werden – und ich wünsche uns dabei mehr Gelassenheit, als sie damals möglich war, sowie die Fähigkeit, sich auch besser zuzuhören und die Argumente des anderen abzuwägen. Wir wissen ja heute durch teilweise offene Archive auch mehr als damals, insbesondere von der jeweils anderen Seite. So bin ich gespannt, was es in diesen Tagen zu lernen gibt.

Es ist ja z.B. die Frage, weshalb gerade Michail Gorbatschow Generalsekretär der KPdSU wurde und am Ende nicht nur der deutschen Einheit, sondern auch der NATO-Mitgliedschaft des vereinten Deutschland zugestimmt hat.

Die meisten Historiker heute berufen sich auf Äußerungen Gorbatschows und glauben, dass die Nachrüstung die SU wirtschaftlich überfordert und ihn so zum Einlenken gebracht hat. Die Frage ist nur, warum zum friedlichen Einlenken – und nicht zum Verzweiflungsakt des Unterlegenen a la Gaddafi? Könnte es nicht sein, dass ähnlich wie bei den Reformkommunisten in Ungarn auch bei Gorbatschow und einigen anderen in der SU durch die Kontakte mit dem Westen in der Ost- und Entspannungspolitik sowie im Rahmen der KSZE sowie die auch von ihnen zunehmend erkannten und anerkannten gemeinsamen globalen Herausforderungen in den Köpfen Denkprozesse in Gang gesetzt wurden, die sie für Veränderungen offen machten?

Vielleicht gibt es heute doch noch mehr Fragen als Antworten und es lohnt sich, diese Prozesse neu zu erforschen und zu durchdenken.

Die einfache These von einer geradlinigen Politik, die dann langfristig zum strategisch angestrebten Ziel kam, wie Helmut Kohl es uns in seinen Erinnerungen suggerieren möchte, scheint mir jedenfalls nicht sehr überzeugend. Dagegen gefällt mir sehr die Suchbewegung des ZEIT-Autors Gunter Hofmann in seinem neuesten Buch, in dem er die Aussagen seiner vielen Interviewpartner miteinander ins Gespräch zu bringen versucht.

In den letzten zwei Jahren habe ich viele Gedenkveranstaltungen erlebt im Gedenken an die Umbrüche vor 20 Jahren – den Fall der Mauer, die deutsche Vereinigung und das Ende des Kalten Krieges. Es ist sehr interessant zu sehen, wie unterschiedlich dabei die Erinnerung und auch die Sprache waren. Da erinnern Polen daran, dass sie die ersten waren, die den Kommunismus mit der Solidarnosc ins Wanken brachten, mit dem Runden Tisch, der gewissermaßen zum Modell einer verhandelten, friedlichen Revolution wurde. Da erinnern Ungarn daran, dass sie mit der Öffnung der ungarischen Grenze nach Österreich den ersten Stein aus der Mauer rissen, die Deutschland und Europa teilte. Da wird Gorbatschow Dank ausgesprochen, der mit Glasnost und Perestroika zwar den Kommunismus retten wollte, aber als dann die Entwicklung anders und viel schneller verlief als er dachte und für gut hielt, er eben keine Panzer mehr schickte, sondern die Flucht nach vorn antrat zur Kooperation mit dem Westen. In Deutschland glauben viele, dass Helmut Kohl die deutsche Einheit gemacht hat und es wird Präsident Bush sen. gedankt, der die deutsche Einheit unterstützt hat.

Wenn in den USA an diesen Zeitraum erinnert wird, heißt es kurz und klar: „als wir den Kalten Krieg gewannen..“

Um diese Umbruchzeit europäischer Geschichte, das Ende des Kalten Krieges angemessen in den Blick zu bekommen, ist es wichtig, sich die Perspektive der anderen bewusst zu machen. Dass wir mit dem Ergebnis zufrieden und dafür dankbar sein können, dürfte in diesem Raum wohl das gemeinsame Urteil sein, trotz verschiedener Bewertungen im Einzelnen.

Doch sollte nicht vergessen werden, dass dies nicht überall so ist – nämlich im heutigen Russland. Dort sprach der damalige Präsident Putin noch vor wenigen Jahren davon, dass der Zerfall der Sowjetunion für Russland die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts darstellt. Entsprechend unterschiedlich wird Michail Gorbatschow bewertet.

Für mich sind im Rückblick nach 20 Jahren folgende Einsichten wichtig:

Freiheit und Demokratie können nicht exportiert, nicht von außen geschaffen, sondern müssen im Lande selbst durchgesetzt werden. Dafür ist Unterstützung von außen wichtig, oft lebenswichtig. Aber es braucht zuerst die Akteure im Lande selbst. Das Ende des Kalten Krieges war nicht der Sieg des Westens über den Osten, sondern es war der Sieg von Freiheit und Demokratie in diesen Ländern. Trotz aller

Bemühungen des Westens gilt: Der Kommunismus konnte nicht von außen beseitigt werden. Er war wirtschaftlich nicht mehr lebensfähig und wurde hinweggefegt, weil Menschen in diesen kommunistischen Ländern oft mit hohem Risiko Verantwortung übernahmen – und schließlich erfolgreich waren. In den friedlichen Revolutionen Mitteleuropas haben die Menschen sich – bei aller Unterstützung von außen - ihre Freiheit selbst erkämpft.

In den kommunistischen Ländern hätten die Machthaber wirklich freie Wahlen (d.h. mit dem öffentlichen Zugang zu Informationen und freien Medien!) nie gewonnen. Zu allen Jahrzehnten gab es in den kommunistischen Ländern Menschen, die an ihren Werten, den Werten des Humanismus und der europäischen Aufklärung festhielten, an den Menschenrechten, an ihrem Glauben an Gott und an die Würde des Menschen. Und oft mussten sie teuer dafür bezahlen. Der **Sieg über den Kommunismus war ein Sieg dieser Werte**, die der Westen mit Recht als Grundlage von Staat und Gesellschaft proklamiert. Diese Erfahrung sollte uns darin bestärken, dass die Achtung vor der Würde des Menschen nie zur Disposition gestellt und nicht relativiert werden darf.

Die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 waren in einem hohen Maße **verhandelte Prozesse**. Das Symbol dafür wurde der in Polen erfundene Runde Tisch. Die kommunistischen Machthaber waren politisch und ökonomisch am Ende. Doch erst durch den Druck der friedlichen Massen und in schwierigen Verhandlungsprozessen wurde der grundsätzliche Systemwechsel erzwungen. Weil man die Kategorien des Nullsummenspiels verließ, bei dem der eine dadurch gewinnt, dass der andere verliert, konnte eine blutige Katastrophe verhindert werden.

Weil die Freiheit erkämpft wurde, wurde Einheit möglich. Das gilt für Deutschland wie für Europa. Im Zuge der Friedlichen Revolution in der DDR ist die Berliner Mauer gefallen. Doch diese Friedliche Revolution gehört in den größeren Zusammenhang dessen, was in Polen, Ungarn und dann in weiteren Ländern geschah. Der Mauerfall wurde zum weltweiten Symbol für den Sieg dieser mitteleuropäischen Revolution – ähnlich wie der Sturm auf die Bastille 200 Jahre zuvor für die Französische Revolution.

Der Sieg der Freiheit in Mitteleuropa hat das Tor zur Einheit aufgeschlagen, zur Einheit Deutschlands wie zum Zusammenwachsen Europas.

Dieser Sieg der Freiheit musste dann in schwierigen internationalen Verhandlungen abgesichert und umgesetzt werden. Das war dann die komplizierte Aufgabe aller heute geehrten Politiker.

Doch war von Beginn dieser Verhandlungen an klar: Es gibt kein Zurück in die Diktatur und Bestand wird nur haben, was von den Menschen akzeptiert wird! In der DDR war Ende 1989 klar: Die Menschen wollen die staatliche Einheit und mit weniger werden sie sich nicht zufrieden geben. Das mussten die Politiker erst begreifen – die einen taten es schneller, die anderen brauchten länger. Und schließlich mussten es dann auch die Sowjets einsehen.

Gorbatschow kommt das große Verdienst zu, dass er es akzeptiert hat und nicht bereit war, in Mitteleuropa Gewalt einzusetzen. (Das war übrigens innerhalb der Sowjetunion anders, wo im Kaukasus und im Baltikum durchaus Panzer und Armee eingesetzt wurden.)

Obwohl diese Vereinigung jeweils als Beitritt geschah, durch Integration in die schon vorhandenen Institution der Bundesrepublik Deutschland wie in die der Europäischen Union, sind die „Neu-Bürger“ bzw. „neuen Mitglieder“ Teilhaber aus eigenem Recht, haben sie sich doch selbstbestimmt und aus eigenem Willen zu den freiheitlichen und demokratischen Grundlagen der Institutionen des Westens bekannt und die notwendigen Transformationsleistungen vollbracht.

Für die Ablösung der alliierten „Rechte für Deutschland als Ganzes“ und die Anerkennung der vollen Souveränität des vereinten Deutschland, kurz, für die Vereinigung Deutschlands war die Unterstützung der USA von großer Bedeutung. Die USA haben wesentlich dazu beigetragen, auf der einen Seite Großbritannien, auf der anderen Seite die Sowjetunion unter Gorbatschow zur Zustimmung zu bewegen. Dabei stand für die USA die künftige Mitgliedschaft Deutschlands in der NATO als eine zentrale Bedingung, war doch die NATO das wichtigste Band im transatlantischen Verhältnis und sicherte den amerikanischen Einfluss auf dem europäischen Kontinent. Dafür die Akzeptanz der Sowjetunion zu erlangen, war schließlich der große Erfolg des Jahres 1990.

So konnte die NATO auch für die kommenden zwei Jahrzehnte – wenn auch auf ganz neue Weise! - ein wesentlicher Anker für Stabilität und Sicherheit in Europa werden.

Heute, nach mehr als 20 Jahren, blicken wir zurück auf das Ende des Kalten Krieges und viele können damit nur noch wenig anfangen. Berlin hat in den letzten Jahren viel getan, um an die Zeiten der Teilung zu erinnern. Was jedoch noch fehlt, ist ein Ort, wo der Kalte Krieg in seinen internationalen Zusammenhängen dargestellt wird, denn ohne diese ist auch nicht zu verstehen, was hier geschah. Deshalb ist das geplante Zentrum Kalter Krieg am Checkpoint Charlie so wichtig.

Die Welt hat sich seitdem gründlich verändert, jedenfalls auf der nördlichen Halbkugel. Sie ist aber nicht unbedingt friedlicher geworden - und schon gar nicht einfacher. Darüber aber kann ich jetzt nicht sprechen. Ich möchte in meinem letzten Teil die Frage stellen, was für uns wichtige Folgen, vielleicht auch Lehren aus dieser damaligen Geschichte sein könnten.

Vier Punkte möchte ich dazu nennen:

1 – Die Anziehungskraft des integrierten Europa

Für viele Menschen, die in den kommunistischen Staaten leben mussten, entfaltete die westliche Welt – wenn sie Informationen darüber erhalten konnten – eine ungeheure Anziehungskraft. Die Verbindung von Freiheit und Wohlstand, Rechtstaatlichkeit und ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit, wie sie im westlichen Europa sich entwickelt hatte, übten einen großen Sog aus. Deshalb versuchten die Machthaber auch, wo sie es konnten, diese Informationen bzw. Erfahrungen mit dieser Welt einzugrenzen. Dieses zusammenwachsende Europa ist – bei allen Fehlern und Schwächen – für jemanden, der den Kommunismus erlebt hat, ein erfüllter Traum!

Die EU ist ein großes Friedenswerk – und man muss in die Geschichte schauen, um allein diese Bedeutung zu ermessen. Es ist einzigartig in der Geschichte, wie hier große und kleine Staaten fair miteinander umgehen und miteinander solidarisch sind. Mit der Freizügigkeit der Personen und der Grundwertecharta als Teil des Lissaboner Vertrages wurde die EU zu einem großen Raum der Freiheit, der Achtung der Menschenrechte und der Rechtstaatlichkeit.

Auch heute zieht dies Europa viele an – und wir können nicht alle aufnehmen, die kommen und bleiben wollen.

Doch wir sollten -

1. Uns daran erinnern, dass es wichtig ist, dass Menschen aus unserer Nachbarschaft uns und unsere demokratischen Gesellschaften kennenlernen. Das gibt Orientierung für die Entwicklung in den eigenen Ländern.

Demokratie wirkt so ansteckend!

2. Wir müssen auch diejenigen, die wir zurückweisen oder zurückschicken müssen, so behandeln, dass wir ihre Würde als Menschen wahren! Das ist heute oft nicht der Fall und bleibt damit eine große Herausforderung.

2 – Zum Umgang mit autoritären und diktatorischen System

Wir sollten nicht vergessen, dass in Mitteleuropa die Umbrüche ganz wesentlich aus der Zivilgesellschaft heraus begannen. Deshalb bleibt es auch heute eine zentrale Aufgabe, in autoritären und diktatorischen System diejenigen zu unterstützen, die sich gewaltlos für demokratische Veränderungen einsetzen. Oppositionsgruppen, Dissidenten und eine entstehende Zivilgesellschaft brauchen öffentliche internationale Solidarität und Unterstützung. Das gilt auch für politische Gefangene. Gleichzeitig aber halte ich nichts von einer sogenannten „Politik der Stärke“.

Natürlich muss man auch militärisch verteidigungsfähig bleiben. Aber Isolation und Ausgrenzung scheinen mir langfristig keine erfolgreiche Option zu sein. Weder bei Kuba noch bei Belarus hat es zu Erfolg geführt. Gespräche und Dialog, in denen man sich nicht anbiedert, sondern zu seinen Werten steht, seine Interessen verfolgt und konditionierte Kooperationsangebote macht, scheinen mir viel erfolgversprechender.

3 – Zur deutschen Verantwortung

Die EU und die NATO sind für Deutschland nicht nur der notwendige Rahmen seiner Außen- und Sicherheitspolitik, Deutschland trägt auch für die weitere Ausgestaltung der EU (und der NATO) als außen- und sicherheitspolitischer Akteur eine wichtige Rolle. Maßgeblich waren dafür nach 1990 wichtige Veränderungen in der deutschen Politik selbst.

Es blieb dabei, dass Deutschland sich seiner Verantwortung bewusst blieb, die uns aus unserer Vergangenheit erwächst. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit im Nationalsozialismus hat Deutschland seit Ende der 60er Jahre viel internationale Anerkennung gebracht und war eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass die ehemaligen Alliierten und die europäischen

Nachbarn die deutsche Vereinigung akzeptiert haben. Nach 1990 aber wurde diese Verantwortung nach einem längeren Prozess und manchen inneren Auseinandersetzungen neu interpretiert. Deutschland wurde angesichts der Kriege auf dem Balkan in den 90er Jahren bereit, seiner internationalen Verantwortung für Konfliktverhütung und Krisenmanagement auch durch die Teilnahme an militärischen Einsätzen dort und später auch international wie in Afghanistan gerecht zu werden.

Deutschland wurde so von einem security consumer zu einem security producer. Das war innenpolitisch nicht einfach und setzte einen Prozess des Umdenkens voraus. Deutsche Truppen im Ausland – das wollte die große Mehrheit der Deutschen nach dem 2. Weltkrieg „nie wieder“ – und glaubte, mit diesem „Nie wieder Krieg“ seine Lektion aus der Vergangenheit gelernt zu haben! Nun aber galt es zu lernen, dass Partizipation in integrierten Sicherheitsstrukturen, der Schutz des Völkerrechts und immer wieder notwendige Konfliktverhütung wie Krisenmanagement auch bedeutet, den angemessenen Teil der damit verbundenen Lasten und Risiken zu tragen. Der für diese öffentliche Akzeptanz nötige gesellschaftliche Diskussionsprozess ist noch keineswegs abgeschlossen.

Wie zuletzt bei der Enthaltung im Sicherheitsrat zum Einsatz in Libyen ist die deutsche Politik immer wieder in der Versuchung, sich aus dieser Verantwortung zu stehlen, statt sich ihr konsequent und strategisch zu stellen.

4 – Der Westen – oder – die transatlantischen Beziehungen

Die transatlantischen Beziehungen waren in den Zeiten des Kalten Krieges die sicherheitspolitische Versicherung Westeuropas. Ohne die NATO und ihre Führungsmacht, die USA, wäre Westeuropa hilflos der Macht der Sowjets ausgeliefert gewesen.

Gleichzeitig wuchs jedoch das Bewusstsein, dass Sicherheit gesamteuropäisch gestaltet werden muss. Diese Herausforderung bleibt.

Die NATO hat sich um die neuen Demokratien Europas erweitert und ist zu einem einzigartigen internationalen sicherheitspolitischen Akteur geworden, der auch mit Russland und vielen anderen Staaten kooperiert. Zwar ist die NATO noch immer die wichtigste transatlantische Institution, doch kann sie schon lange nicht mehr die umfassende Palette gemeinsamer Interessen und Herausforderungen bewältigen.

Europäer und Amerikaner stehen heute global vor Herausforderungen, die wir auf beiden Seiten des Atlantik nicht mehr allein bewältigen können. Um in den globalen Fragen abgestimmter handeln zu können, aber auch, um bilaterale Fragen besser zu bearbeiten, muss zwischen der EU und den USA ein weitaus intensiverer und strukturierter Kooperationsmechanismus entwickelt werden.

Gerade im letzten Jahrzehnt hat Europa zunehmend mehr verstanden, dass es für seine Sicherheit auch selbst verantwortlich ist. Das ist gewiss noch nicht in ausreichendem Maße der Fall, aber die Erkenntnis wächst. Die USA sollten dies achten und fördern, ohne daraus den Schluss zu ziehen, dass Europa dadurch für sie weniger wichtig wird. Das Gegenteil ist der Fall. Beide Partner über den Atlantik sind und bleiben auf die absehbare Zukunft nicht nur durch ein hohes Maß gemeinsamer Werte miteinander verbunden, sondern auch durch eine vielfältige Interessengemeinschaft. Beide sind nicht nur ökonomisch, sondern auch geistig und kulturell auf vielfältige Weise miteinander verbunden und außerdem gefordert, für die Lösung globaler Probleme die Führung zu übernehmen. Wo wir über den Atlantik hin zu gemeinsamen Positionen und zu gemeinsamen Initiativen kommen, gibt es eine große Chance, anstehende Probleme auch zu lösen. Gelingt es uns nicht – besteht die Gefahr, dass sie überhaupt nicht gelöst werden, oft mit unabsehbaren Konsequenzen für den ganzen Erdkreis.

Das heißt nicht, dass wir zu verschiedenen Fragen nicht auch unterschiedlicher Meinung sein können. Doch gilt es dann, dass nach Verständigung auf Augenhöhe gesucht werden muss. Dass einfach Gefolgschaft eingeklagt werden könnte – diese Zeiten sind vorbei. Wir müssen uns bewusst sein und immer wieder bewusst machen, dass wir aufeinander angewiesen sind und bleiben werden und dass das Interesse aneinander nicht nachlassen darf. Das vereinte Europa hat begonnen erwachsen zu werden – und bleibt herausgefordert, ein wirklicher Partner zu sein.

Lasst uns um unserer Zukunft auf diesem Planeten willen auch weiterhin daran arbeiten.